

International

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **149 (1983)**

Heft 5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Inter- national

Frankreich

Französisches Atompotential und Europa

Die französische Regierung ist zur intellektuellen Akrobatik gezwungen, um das aufrechterhaltene Dogma der nationalen Unabhängigkeit mit der immer stärker als notwendig betrachteten atomaren Sicherheitsgarantie für das westliche Europa zu verbinden. Aus diesem Grunde sind die offiziellen Erklärungen noch nicht überzeugend und verbindlich genug. Dies gilt auch für die Rede Mitterrands vor dem Deutschen Bundestag. Er ist zwar darin sehr weit gegangen, wollte aber offensichtlich nicht über den Schatten der Unabhängigkeit springen.

Die Opposition verhält sich dagegen weit eindeutiger. Das gilt insbesondere für die Gaullisten. Einer ihrer massgebenden Sprecher, Jacques Baumel, ehemaliger Generalsekretär der Partei, erklärte in einem Kolloquium, dass die offizielle strategische Doktrin Frankreichs überholt ist und im europäischen Sinne völlig neu erarbeitet werden müsste. **Ihm erscheint es selbstverständlich, dass das französische Atompotential in die europäische Sicherheitspolitik eingebaut wird und die Modalitäten zunächst mit der Bundesrepublik Deutschland vereinbart werden.** Praktisch geht es darum, dass Frankreich dem deutschen Partner die gleiche atomare Garantie gibt wie die Vereinigten Staaten. Das ändert nichts an der letzten französischen Entscheidungsfreiheit und infolgedessen auch nichts an der Unabhängigkeitstheorie. Entscheidend ist, dass die Gaullisten den Gedanken eines nationalen Sanktuariums entschieden zurückweisen und auch eine französische Beteiligung an der Vorwärtsstrategie der NATO nicht nur für möglich, sondern auch für notwendig halten. **Man geht sogar so weit, die Lagerung von Atomsprengköpfen auf deutschem Territorium mit doppeltem Schlüssel zu erwägen, um so dem atomaren französischen Engagement für Europa einen konkreten Inhalt zu geben.** Niemand bestreitet, dass der Bau einer neuen Atomkanone mit einer Reichweite von 350 Kilometern und eine etwaige französische Neutronenbombe nur dann sinnvoll ist, wenn diese Waffen einer gemeinsamen europäischen Strategie dienen und in möglichst vorgeschobener Position eingesetzt werden.

Die Gaullisten sehen in der europäischen

Verteidigung keine Alternative mehr für die NATO, sondern einen Weg zur Verstärkung der atlantischen Allianz. Im erwähnten Kolloquium forderte Baumel eine grundlegende Revision der atlantischen Allianz und auch der Westeuropäischen Union (WEU), damit diejenigen Partner, die sich für die europäische Sicherheit schlagen wollen, nicht durch diejenigen, die den Kampf ablehnen, gehemmt werden. Er denkt an die Bildung harter Kerne in den beiden Einrichtungen. Die Grundlage der europäischen Verteidigungspolitik bildet für alle französischen Kräfte eine enge und weitreichende deutsch-französische Kooperation, deren Entwicklung nach französischer Ansicht augenblicklich vor allem von der Bonner Reaktion auf die gegebene französische Bereitschaft abhängt. Es scheint wichtig, darauf hinzuweisen, dass es für diese weitreichende Kooperation, von den Kommunisten abgesehen, in Frankreich keine innenpolitischen Hemmnisse mehr gibt. **Die deutliche gaullistische Kehrtwendung wurde bisher in Bonn noch nicht genügend zur Kenntnis genommen, obwohl es auch Chirac an klaren Äusserungen nicht mangeln liess.** Bemerkenswert ist ferner, dass die beiden Oppositionsparteien für die europäische Verteidigung völlig übereinstimmen. Soweit es innerhalb der sozialistischen Partei pazifistische und neutralistische Elemente gibt, bleiben sie völlig im Hintergrund und spielen politisch keine Rolle. Als sicher gelten darf die Billigung einer zielbewussten und auch atlantisch orientierten Verteidigungspolitik durch den linken Flügel der Partei. In diesem Zusammenhang ist folgendes interessant:

Wischniewski kam vor der Bundestagswahl zu Gesprächen mit dem französischen Verteidigungsminister und dem Generalsekretär der sozialistischen Partei nach Paris, um die französischen Sozialisten zu veranlassen, in der Abrüstungsfrage ein französisches Entgegenkommen an der sowjetischen These in Aussicht zu stellen, d.h. eine Aufrechnung des französischen Atompotentials mit den SS 20 hinzunehmen, natürlich unter der Voraussetzung, dass die Sowjetunion den grösseren Teil der SS 20 zerstört. Er liess durchblicken, dass auf dieser Grundlage nach Ansicht der SPD die Stationierung der amerikanischen Raketen auf dem europäischen Kontinent vermieden werden könnte.

Die französischen Sozialisten haben ihm das gewünschte Wahlargument nicht geliefert. Sie lehnen es ab, ihr Potential in die Genfer Aufrüstungsgespräche einbeziehen zu lassen, nicht nur unter Berufung auf ihre Unabhängigkeit, sondern auch, weil sie darin für die europäische Sicherheit eine sehr gefährliche Lösung sehen.

Man weist in Paris darauf hin, dass die Sowjetunion Europa nicht nur mit ihren SS 20 bedrohen kann, sondern auch mit ihren Unterseebootraketen und den interkontinentalen Raketen. Das französische Abschreckungspotential soll Frankreich und Europa gegen die gesamte nukleare Bedrohung durch die Sowjetunion im Rahmen des Möglichen schützen. Es ist daher nicht denkbar, die strategischen französischen Atomwaffen gegen die sowjetischen Mittelstreckenraketen aufzurechnen. **Würde man die von der Sowjetunion vorgeschlagene Null-Lösung annehmen, d.h. den doppelten Verzicht auf die SS 20 und das franzö-**

sisch-britische Potential, dann verblieben der Sowjetunion immer noch genügend Atomwaffen, um ganz Europa zu vernichten, Frankreich jedoch nur noch die kleinen taktischen Nuklearwaffen. Der sowjetische Vorschlag sei daher unannehmbar, was man auch in der Bundesrepublik Deutschland erkennen müsse.

Ferner dürfe man nicht übersehen, dass es Moskau vor allem darum geht, das amerikanische Atompotential vom europäischen Kontinent fernzuhalten, um so das amerikanische Engagement zu verringern und die von Moskau stets angestrebte Abkopplung Europas von den USA zu erreichen. Nach französischer Ansicht müssen daher unbedingt amerikanische Raketen nach Europa kommen. Man weiss natürlich, dass in Genf nur ein Kompromiss möglich ist. Damit er mit der europäischen Sicherheit vereinbar bleibt, kann er nur in der gleichzeitigen Verringerung der SS 20 und der Zahl der geplanten Pershing und Cruise bestehen. Informationen, wonach der französische Präsident die Pershing-Raketen als schwer tragbar für die Sowjetunion bezeichnet hat, da sie die sowjetischen Ziele schon in sechs Minuten erreichen, sind falsch. Paris will auf die Pershing keineswegs verzichten. **Weite französische Kreise sind erstaunt darüber, dass diese elementaren Sicherheitsprobleme von der SPD und anderen politischen Kräften in der Bundesrepublik Deutschland nicht erkannt werden** und dass man vor allem das ständige sowjetische Streben nach einer Abkopplung der USA von Europa vernachlässigt.

Als sonderbar gilt ferner die Leichtfertigkeit, mit der die sowjetische Rechnung von 162 französischen und britischen Raketen hingenommen wird. Moskau geht davon aus, dass Frankreich und Grossbritannien zusammen neun Atomunterseeboote mit je sechzehn Raketen besitzen, hierzu kommen achtzehn landgebundene französische Raketen. Man muss aber berücksichtigen, dass von den fünf französischen Unterseebooten jeweils nur drei einsatzfähig sind und von den vier britischen höchstens ebenfalls drei, während auf der anderen Seite die SS 20 jederzeit abgeschossen werden können. Das tatsächlich verfügbare britisch-französische Atompotential verringert sich demnach auf 114 Sprengköpfe, was auf der Gegenseite 38 SS 20 entspricht und nicht, wie es Moskau gerne haben möchte, 162.

Frankreich ist sich natürlich klar darüber, dass es die Amerikaner und die Russen nicht daran hindern kann, seine Raketen in Rechnung zu stellen. In einem Gespräch mit dem französischen Aussenminister Cheysson erklärte Andropow wiederholt, dass er nicht die Absicht hat, mit Frankreich über die atomare Rüstungsbeschränkung zu verhandeln, sondern nur mit den USA, und ihn daher die französischen Argumente gegen die Einbeziehung des französischen Potentials nicht interessieren. Paris hält es aber für die elementare Pflicht der Europäer, alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit die Amerikaner keine Zugeständnisse machen, die die europäische Sicherheit bedenklich verringern. Man betrachtet es beinahe schon als Selbstmord, wenn in dieser schwierigen Lage verantwortliche deutsche Kreise praktisch die Sowjetunion unterstützen und in Paris De-

marchen unternehmen, damit Frankreich eine Moskau genehme Lösung erleichtert.

(Aus Wehrpolitische Information Nr. 5/83)

Norwegen

Norwegischer Grossauftrag für militärisches Fernmeldesystem

Das norwegische Verteidigungsministerium hat einen Auftrag im Wert von annähernd 70 Millionen Schweizer Franken zur Lieferung von Vermittlungsanlagen für ein dienstintegriertes militärisches Fernmeldesystem erteilt.

Das gesamte Netz, welches der Vermittlung und Übertragung von digitalen Signalen dienen wird, soll innert 5 Jahren erstellt und in Betrieb genommen werden.

Die durch die Firma Standart entwickelte mikroprozessor-gesteuerte Vermittlungseinrichtung findet auch in anderen Ländern grosses Interesse. So stehen in Schweden seit einiger Zeit bereits einige Exemplare im militärischen und technischen Erprobungseinsatz. jst

Schweden

Neues Marinesystem

Das schwedische Elektronikunternehmen SRA Communications AB hat einen Auftrag für ein neues Marineleit- und Bewachungssystem erhalten. Der Auftragswert liegt in der Grössenordnung von zirka 50 Millionen schwedischen Kronen.

Bei dem neuen Leit- und Bewachungssystem handelt es sich um ein computer-gestütztes Informationssystem, in dem die Information von, zum Beispiel, Radarstationen an Computer weitergeleitet und am Ende auf Grafik-Videoterminals und sogenannten intelligenten Terminals präsentiert wird.

Die Lieferungen werden 1984/85 beginnen und stellen die erste Etappe eines umfangreicheren Ausbaus der schwedischen Küstenverteidigung dar.

Die erste Etappe, ein Verbindungssystem, basiert auf dem SRA-Computer Sensor 932. Da es sich um ein Echtzeitsystem mit Ausbaustufen in verschiedenen Ebenen handelt, liefert es schnellere und zuverlässigere Informationen über die Ereignisse in jeder einzelnen Phase. jst

USA

Neues Befehls- und Leitsystem der US Air Force

Litton Industries' Data Systems Division erhielt von der amerikanischen Luftwaffe einen Auftrag über 27,6 Millionen Dollar für die Entwicklung eines neuen Befehls- und Leitsystems. Der erste Teil dieses Entwicklungsauftrages über 10 Millionen Dollar war vom amerikanischen Verteidigungsministerium bereits im Juli 1982 bekanntgegeben worden.

Mit diesem Auftrag schliesst sich die

Luftwaffe an ein Entwicklungsprogramm an, für das Litton seit einiger Zeit unter dem Namen «Tactical Air Operations Central-85 (TAOC-85)» (taktisches Flugleitsystem) für das amerikanische Marine Corps arbeitet. Die Air Force bezeichnet ihr Programm als «Modular Control Element (MCE)» und wird von den bereits durchgeführten Entwicklungen direkt profitieren.

Die Modifizierung des TAOC-85-Systems in von der Air Force benötigte «MCE» wird der amerikanischen Luftwaffe gestatten, ihr taktisches Luftleitsystem früher als vorgesehen zu modernisieren und parallel zusätzlich Kosteneinsparungen gegenüber einer eigenen, unabhängigen Entwicklung zu erzielen. Die Luftwaffe kommt in den Genuss eines drei- bis vierjährigen Zeitvorteils, da beide Systeme nahezu die gleichen Systemeinheiten verwenden. Zusätzlich werden für die Air Force Kostenvorteile im Bereich Test und Unterweisung anfallen und die Ersatz- und Nachlieferungsfrage erleichtert. Ausser Frage steht auch, dass die eigentliche Fertigung sowohl für das Marine Corps wie auch die Luftwaffe durch die erhöhte Gesamtproduktion von erheblichen Kosteneinsparungen pro einzelnes System profitieren wird.

In einem Modifikationszusatz zum TAOC-85-Auftrag wird Litton ein MCE-System entwickeln, bauen und testen. Für die Tests wird ausserdem ein AN/TPS-43-Radar modifiziert. Die gesamte Entwicklungsdauer wird 24 Monate betragen. Damit wird sowohl dem Marine Corps für sein TAOC-85-System wie auch der Air Force für das MCE eine Produktionsentscheidung im U.S.-Budgetjahr 1984 ermöglicht, wobei der praktische Einsatz ab Frühjahr 1986 geplant ist. jst

Rumänien

Sowjetische Maschinenpistolen für die rumänische Armee

Die sowjetische «Kaleschnikow»-Maschinenpistole wird mit einigen Änderungen in Rumänien nachgebaut. So erhielt sie einen zusätzlichen Holzgriff vor dem Magazin sowie einen grösseren hölzernen Handschutz. Eine andere Version wurde mit einem Gewehrgranatgerät unter dem Lauf versehen. Über dem unteren Bajonett ist auf dem Bild die dazu entwickelte Granate zu erkennen. M. P.



Gerüchte über einen gescheiterten Militärputsch in Rumänien

Ende Januar 1983 berichtete die Londoner «The Times» über einen angeblichen Militärputsch in Rumänien, der jedoch aufgedeckt und zerschlagen worden sein soll. Diesen Bericht übernahmen auch verschiedene Agenturen. Damit entstanden Gerüchte, die sogar über die Hinrichtung mehrerer hoher Offiziere der rumänischen Streitkräfte wissen wollten. Trotz wochenlanger gründlicher Nachforschung konnten weder aus verlässlichen Quellen in Rumänien noch von in Bukarest akkreditierten Diplomaten für die Richtigkeit dieser Gerüchte eine Bestätigung erbracht werden.

Kenner der Lage schliessen die Möglichkeiten der Vorbereitung eines Militärputsches in den kommunistischen Staaten völlig aus. Von Staat und Partei wurde innerhalb der Streitkräfte ein strenges und kompliziertes Kontrollsystem errichtet, das jeglichen Staatsstreichversuch unmöglich macht. Die Kontrollorgane in den Armeen der Warschauer Paktländer sind mehrschichtig.

Hierzu dient vor allem die sogenannte «Politische Verwaltung» der Streitkräfte. Ideologisch eigens ausgebildete Politoffiziere sind vom Oberkommando angefangen hinunter bis zur Kompanieebene der Truppe zugeteilt. Bei diesen Offizieren handelt es sich um besonders ausgewählte und verlässliche Kommunisten. Sie sorgen dafür, dass die politischen Direktiven der Partei in den Streitkräften streng befolgt werden.

Ein zweites Kontrollorgan ist der Staatssicherheitsdienst. Jedes Mitglied einer Militäreinheit wird in aller Offenheit von einem in diesem Dienst leistenden Offizier der Geheimpolizei – in Rumänien der «Securitate», in der Sowjetunion das KGB – überwacht. Neben diesen SD-Offizieren sind auch geheime Agenten des Staatssicherheitsdienstes in die Streitkräfte mit der Aufgabe eingebaut, ihre offiziell eingesetzten Kameraden selbst zu kontrollieren.

Eine weitere Schicht der Überwachung bilden die innerhalb der Truppeneinheiten von den Politoffizieren und Vertretern der kommunistischen Jugendorganisationen der einzelnen Länder errichteten KP-Zellen, deren Mitglieder nicht nur für die Durchführung der Parteidirektiven verantwortlich sind, sondern auch ein Auge auf ihre nicht-kommunistischen Kameraden haben.

Schliesslich sollte noch erwähnt werden, dass neben den Streitkräften in sämtlichen kommunistischen Ländern auch bewaffnete militärisch organisierte Truppen des Staatssicherheitsdienstes und eine Parteiliz existieren, deren Mannschaftsstärke in manchen Ländern jene der regulären Armeen übersteigt. Ihre Aufgabe ist, politische Unruhen oder Aufstände niederzuschlagen. Ein Grossteil der Staatssicherheitsdienststruppen ist zum Schutz der Machthaber in oder in der Nähe der Hauptstädte stationiert.

Wenn die Gerüchte über einen geplanten und angeblich aufgeflogenen Staatsstreich in Rumänien doch der Wahrheit entsprächen, so könnte es sich bei diesem nur um den Versuch einer Gruppe höherer Partei- und Wirtschaftsfunktionäre gehandelt ha-

ben, die den Nepotismus des Ceausescu-Clans und dessen verfehlte, für die Bevölkerung schwerste Entbehrungen bringende Wirtschaftspolitik satt geworden sind. Es ist nicht ausgeschlossen, dass, wenn eine solche Gruppe überhaupt existiert hat, dieser auch einige Offiziere der Streitkräfte angehörten. Ein von Generälen organisierter Militärputsch, mit dem Ziel, die Armee an die Macht zu bringen, ist in einem kommunistischen Staat praktisch unmöglich. Dass in Polen General Jaruzelski und die Armeeführung im Dezember 1981 die Macht übernommen haben, geschah auf ausdrücklichen Wunsch der Sowjetunion und mit voller Zustimmung der Parteiführung, an deren Spitze schon damals Jaruzelski stand. P.W.

DDR

Vermehrter Einsatz von Ausbildungshilfen in der DDR

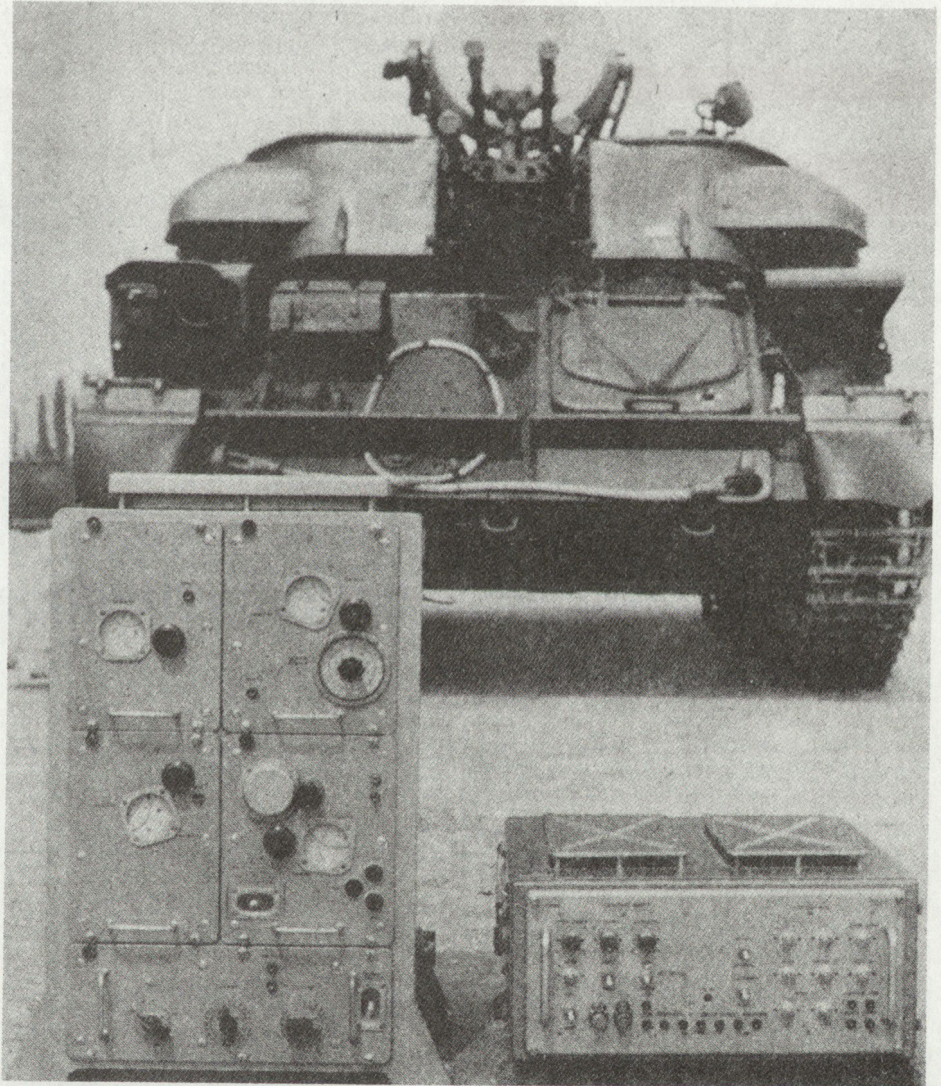
Zielerfassungs-Simulator für Flabpanzer ZSU-23/4. Die Fliegerabwehr-Batterien der motorisierten Schützenregimenter in der Nationalen Volksarmee (DDR) verfügen für die Truppenausbildung auf Flab-

panzer ZSU-23/4 über ein Trainingsgerät, mit dem die Zielerfassung von schnell- und tieffliegenden Flugobjekten geübt werden kann. Das Ausbildungsgerät ermöglicht Kurs und Geschwindigkeit der simulierten Flugziele zu wechseln und nahezu alle möglichen Angriffsmanöver darzustellen. Die radarisierte 23-mm-Vierlingskanone der ZSU-23/4 kann aus der Bewegung bis auf eine wirksame Schussdistanz von 2500 m eingesetzt werden. pa

Sowjetunion

Schwenkbares Bug-MG der Mi-8 HIP E

Erstmals wurden Fotos des schwenkbaren 12,7-mm-Bug-MG des von den sowjetischen Luftstreitkräften zur Unterstützung der terrestrischen Truppen eingesetzten Mi-8 HIP E veröffentlicht. Die Mi-8 HIP E können zusätzlich mit sechs 57-mm-Raketenpods und an weiteren Waffenstationen mit vier Panzerabwehr-Flugkörpern des Typs AT-6 Spiral eingesetzt werden. Das gleiche 12,7-mm-MG ist auch bei den Mi-24 HIND A und bei den Transporthubschraubern Mi-6 im unteren Mittelteil des Rumpfbuges montiert. pa



Trainingsgeräte.



Zielerfassung im ZSU-23/4.